

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN
01095 Dresden

- nur per elektronischer Post -

Bundesministerium des Innern und für Heimat
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Ihr/-e Ansprechpartner/-in

Durchwahl

Telefon +49 351 564

Telefax +49 351 564

(Abt.)

@
smi.sachsen.de*

Geschäftszeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Dresden,
28. Oktober 2022

Gesetz zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren

Ihr Schreiben vom 11. Oktober 2022 – Az.: AGM4-21004/204#5

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren.

Zu den das asylgerichtliche Verfahren betreffenden Normen verweisen wir vollumfänglich auf die als Anlage beigefügte Stellungnahme des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung vom 21. Oktober 2022, der wir uns anschließen.

Ergänzend nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Artikel 1 Nr. 6 (§ 12a AsylG)

Der Bund gibt durch die Neuregelung seine eigene Zuständigkeit bzw. die des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für die Sicherstellung einer Asylverfahrensberatung (AVB) auf, so dass diese Sicherstellungspflicht, die sich bereits aus Art. 19 bis 21 der Richtlinie 2013/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (Verfahrensrichtlinie) ergibt, in die allgemeine Verwaltungszuständigkeit der Länder fällt (Art. 83 GG). Das BAMF nimmt an der AVB nicht mehr teil, die Unterteilung der AVB in zwei Stufen entfällt. Ebenso entfällt die Beschränkung der AVB der bisher zweiten Stufe auf staatliche Akteure und Wohlfahrtsverbände/NGOs (wie in Art. 21 Abs. 1 der Verfahrensrichtlinie auch vorgesehen).

Der Bund beschränkt sich auf eine Förderungsankündigung für AVB, die unter Haushaltsvorbehalt gestellt wird. Diese Art der Finanzierung nimmt nicht mehr an der Volatilität des Asylbewerberzugangs teil. Entweder wird bei geringem Zugang eine Überfinanzierung mit entsprechenden Konflikten,

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
des Innern
Wilhelm-Buck-Str. 2
01097 Dresden

www.smi.sachsen.de

Verkehrsanbindung:
Zu erreichen mit den Straßenbahnlinien 3, 6, 7, 8, 13

Besucherparkplätze:
Bitte beim Empfang Wilhelm-Buck-Str. 2 oder 4 melden.

*Informationen zum Zugang für verschlüsselte / signierte E-Mails / elektronische Dokumente sowie De-Mail unter www.smi.sachsen.de/kontakt.htm.

oder bei hohem Zugang eine Unterfinanzierung erzeugt, die nach der Verfahrensrichtlinie beratungsberechtigte Ausländer aus der AVB ausschließen kann. Die die AVB durchführenden Körperschaften werden zudem voraussichtlich mit einem Eigenanteil von voraussichtlich 10% konfrontiert, der wegen der Unentgeltlichkeit der AVB versucht wird, bei Dritten zu refinanzieren.

Festzustellen ist, dass hier auch eine strukturelle Unterfinanzierung eintreten dürfte. Wurde seitens des Bundes Mitte 2022 noch eine Finanzierungsgrößenordnung von 80 Mio. EUR gegenüber den Ländern in den Raum gestellt, wurde dies binnen kurzem auf rund 20 Mio. EUR für 2023 reduziert. Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege gehen bei angenommen 175.000 Asylantragstellenden im Jahr von einem jährlichen Finanzierungsbedarf für eine Voll-AVB (d. h. unter Abschaffung der Stufen) seitens des Bundes von 61 Mio. EUR aus (Eckpunkte für die Einführung einer bundesfinanzierten behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung vom 24. März 2022).

Hier steht zu befürchten, dass der Bund sich mittelfristig aus einer substantiellen Finanzierung der AVB zurückziehen wird und diese dann formal den Ländern als Aufgabenträger zufällt. Dieser Eindruck kann nur ausgeräumt werden, wenn sich der Bund zu seiner substantiellen und auskömmlichen Finanzierungspflicht, auch entsprechend der dynamischen Entwicklung von Asylbewerberzugängen, ausdrücklich bekennt.

Der Entwurf verhindert durch das Wort „unentgeltliche“ in § 12a Abs. 1 AsylG-E auch innovative Lösungen hinsichtlich des Eigenanteils. So wird im Freistaat Sachsen als Möglichkeit angedacht, dass den Asylbewerbern bei Aufnahme in der Aufnahmeeinrichtung (AE), auch als Erinnerungsstütze, ein Gutschein für die AVB ausgehändigt wird, der formal eine Sachleistung nach AsylbLG verbrieft, die die AVB-erteilende Stelle erbringt. Dies wäre formal gegenüber dem Asylbewerber entgeltlich, aber direkt über die AE finanziert als Übernahme der Teilnehmerkosten, die sich aus dem ungedeckten Eigenanteil ergeben. Die Zahlung würde jährlich auf 1/9 des Bundesförderbetrages pauschaliert und exakt den Eigenanteil decken. Hier wäre nützlich, das formale „unentgeltliche“ zu ersetzen durch „für den Ausländer kostenlose“ zu ersetzen.

2. Artikel 1 Nr. 8 Buchstabe a (§ 24 Abs. 1 AsylG)

Die Neuregelung der Beratungspflichten des BAMF nimmt lediglich eine Rückkehrberatungspflicht zusätzlich auf und verortet den Zeitpunkt durch das neue Wort „frühzeitig“. Der geringfügig geänderte Umfang und die zeitliche Festlegung stellen keinen ausreichenden Ersatz für die bisherige erste Stufe der AVB in § 12a AsylG dar. Entgegen der im Begründungstext vertretenen Ansicht des Bundes stellt die Verwendung des Wortes „frühzeitig“ weder eine Vorverlagerung noch die Einschätzung, dass dies bedeute „so früh wie möglich, d. h. in der Regel bereits vor der förmlichen Asylantragstellung“, sicher. Hier wäre vorzuschlagen, statt „frühzeitig“ zu setzen „in der Regel bereits vor der förmlichen Asylantragstellung“.

3. Art. 1 Nr. 16 (§ 72 AsylG)

Die Änderung wird für sinnvoll erachtet. Nach dem Ablauf der Umsetzungsfrist der Richtlinie 2013/32/EU findet § 72 Abs. 1 Nr. 1 und 2 AsylG ohnehin keine Anwendung mehr, § 72 Abs. 1 Nr. 3 AsylG gilt nur noch insoweit, als die deutsche Staatsangehörigkeit erworben wurde. Insofern sind die geplanten Änderungen zu begrüßen

4. Art. 1 Nr. 17 – 19 (§§ 73ff. AsylG)

Die geplanten Änderungen mit dem Ziel einer Entlastung des BAMF sowie einer Neustrukturierung werden begrüßt. Das BAMF hat erst jüngst im Rahmen einer BLTAR mitgeteilt, dass die Widerrufsquote bei unter einem Prozent liegt, gleichwohl erheblich personelle Kapazitäten bindet. Eine anlassbezogene Widerrufsprüfung schafft in dieser Hinsicht Abhilfe.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. 

Anlage